

Fraktionsvorsitz: Andreas Herfurth, Haselsteinstr.10, 71364 Winnenden
Herfurth.Winnenden@t-online.de; Mobil.: 0171 640 0854

Es gilt das gesprochene Wort.

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan 2024
und zur mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2025 bis 2027.
12. Dezember 2023

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Winnenden

Vorbemerkung: Die Fraktionen haben vor 3 Jahren vereinbart, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Das sind ca. 10 000 Zeichen. Die Konsequenz ist, wir mussten, einen Teil herausnehmen, von dem was wir gerne noch gesagt hätten. Das Internet macht´s möglich. Wir haben in die Homepage – Version das dem Rotstift zum Opfer gefallene wieder eingefügt. Die Abschnitte sind – wie könnte es auch anders sein – ROT - markuert.

Ein neuer Realismus ist von Nöten. Neuer Realismus bedeutet: Geld ist nicht alles. Alles ist nicht finanzierbar. Eine neue Ehrlichkeit in den Debatten ist vonnöten. Neue Ehrlichkeit bedeutet, den Worten müssen dann auch mal Taten folgen. Diese Taten sind dann nicht nur von den anderen einzufordern, sondern man muss sie auch selbst tun.

Es gibt zu viele Krisen in der Welt. Die Bewältigung der Krisen erfordert sehr viel Geld. Der Bund, die Länder, die Kommunen müssen haushalten. Haushalten bedeutet, man muss mit dem, was man hat, versuchen auszukommen.

Für 2024 ist für Winnenden im Kernhaushalt ein Schuldenstand von ca. 28 Mio geplant bei einem negativen Ergebnis von ca. - 7,0 Mio €. Im Vergleich zu den Planungen der Vorjahre fällt das geplante Ergebnis bei erster Betrachtung eigentlich nicht unbedingt aus dem Rahmen.

Wenn wir die Zahlen genauer unter die Lupe nehmen, dann sehen wir:

1. Es werden keine wesentlichen Ermächtigungsreste für 2024 gebildet. Es sind ca. 2.0 Mio. Die in 2023 nicht verbrauchten Gelder werden nun neu veranschlagt. Eine lang gestellte Forderung der SPD Fraktion wird damit umgesetzt. Danke. In diesem Zusammenhang wiederhole ich die Anregung, die Aufstellung eines Doppelhaushalts zu prüfen. Einen Haushalt aufzustellen erfordert viel Zeit und Energie. Es reicht, dies alle zwei Jahre zu tun.

2. Die Verwaltung hat bereits Kürzungen in Millionenhöhe vorgenommen. Das bedeutet, die Verwaltung hat bislang einen Berg von Projekten vor sich hergeschoben. Das erklärt nachträglich zum Teil die nicht unerhebliche Differenz in den Vorjahren zwischen Planungsergebnis und tatsächlichem Ergebnis. Eine Vermutung, die die Verwaltung immer weit von sich gewiesen hat.

3. Selbst dringliche Projekte wie Ausbau der Grundschulen zu Ganztageschulen werden außen vorgelassen. Wünschenswerte Projekte wie Generalsanierung Hermann-Schwab Halle? So bitter es ist, die Antwort erübrigt sich. Im Übrigen: Wenn Sie interessehalber alle Vorhaben aufaddieren, dann wird sich eine schwindelerregende Summe ergeben.

4. In die Planung ist eine Steuererhöhung von Gewerbesteuer und Grundsteuer eingepreist. Die Politik hat es da – so die Volksmeinung – vermeintlich leicht: Geld reicht nicht, dann eben Steuern hoch. Die Kehrseite ist aber, wenn es dann in die Diskussion geht, die Frage, wo sollen Kürzungen vorgenommen werden? Dann geht die Lobbyarbeit los und alles darf gekürzt werden, nur nichts im eigenen Bereich.

Die Idee mit einem Gesamt - Sparkonzept anzutreten ist u.E. eher zielführend. Denn dann sehen alle, jeder Bereich muss einen Beitrag leisten.

Die Steuererhöhung wird nicht verhindern, dass Verwaltung und Gemeinderat weitere Sparbemühungen unternehmen werden müssen.

4 b Die Fraktionen waren aufgerufen, Sparvorschläge zu unterbreiten. Selbstkritisch ist zu sagen, nennenswerte Einsparungen sind bislang nicht gelungen. Die Verwaltung hat verschiedene Prüfaufträge angenommen, u.a. auch unseren Vorschlag Erhebung von

Parkgebühren nach den kostenlosen 120 Minuten (Winnender Modell). Die Verwaltung hat schon vorsorglich darauf hingewiesen, dass man dafür Zeit benötigen würde. Meine Interpretation: Neuer GR. HHPlanBeratung in nächstes Jahr.

5. Die Entwicklung der Personalkosten ist u.E.so nicht mehr hinnehmbar. Es ist zu differenzieren zwischen Kernverwaltung und Betreuungskräften wie ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen.

Die Schaffung neuer Stellen bei der Kernverwaltung können wir uns nicht mehr leisten. Alle fordern Bürokratieabbau. Umsetzung? Fehlanzeige.

6. Das LGW Gymnasium wird für ca. 19,5 Mio generalsaniert. Im Zahlenwerk wird nicht aufgeführt, wie viel Mittel bereits ausgegeben und damit finanziert sind. Im HH wird und zwar bei allen Projekten bis dato nicht dargestellt, wie war / ist der Ansatz und wie viel wurde bereits geleistet. Aus der Differenz kann man sich leicht herleiten, was noch zu zahlen ist. Das ist doch das, was man wissen will.

Die Stadt Winnenden hat in den letzten Jahren viele Grundstücke aufgekauft, u.a. Schmiede III, Untere Schray also IBA 2027, Gewerbegebiet Brühl, Kirchhoffäcker in Hertmannsweiler, Bildstr. in Birkmannsweiler, Adelsbach II

Die Frage muss gestellt werden: wie viele Millionen € – Stand heute - sind in Grundstücken gebunden?

In unsicheren Zeiten sind verlässliche Zahlen und Daten unersetzlich. Es gibt das Instrument der vorläufigen Bilanz, der vorläufigen Ergebnisrechnung. Wir stellen den Antrag, zu prüfen, inwieweit das mit der bestehenden Software machbar ist.

Seitens der Verwaltung wurde zugesagt, dass in der Haushaltsplanberatung für 2024 die Abrechnung des Baugebietes Adelsbach I vorgelegt wird. Das ist nicht erfolgt. Warum ich die Abrechnung für dringlich halte? Meine Annahme ist, dass die Zeiten vorbei sind, dass eine Kommune sich mit der Ausweisung von Baugebieten eine goldene Nase verdienen kann. Da ich diese Annahme habe, werde ich – solange die Abrechnung nicht vorliegt - der Erschließung eines neuen Baugebiets nicht mehr zustimmen.

Wir wollen Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Dazu braucht man Gewerbegebiete. In Planung ist Schmiede III und Brühl ist in Entwicklung. Trotz prekärer finanzieller Lage ist Brühl unserer Meinung nach voranzutreiben.

Wir haben sehr viele Wohngebiete in der Pipeline. Die gegenwärtige Wirtschaftssituation sagt uns, nicht alle diese Baugebiete werden in den nächsten 5 bis 10 Jahren kommen. Das bedeutet, Verwaltung und GR sollten sich dazu durchringen, eine Priorisierung vorzunehmen.

Im Übrigen: Verdichtungen sind das Gebot der Stunde. Schelmenholz ist – trotz vorheriger Unkenrufen - sehr ansprechend geworden.

8. Das Wunnebad belastet den städtischen Haushalt ab 2024 anstatt mit 1,3 Mio nun mit 2,5 Mio €. Die SPD-Fraktion hat damals gewarnt. Wir haben für eine kleine Lösung der Modernisierung geworben. Wir haben auch für einen Bürgerentscheid geworben. Unsere Argumente waren: Ein Bad ist immer ein Zuschussbetrieb. Je größer das Bad, desto größer der Zuschuss. Winnenden braucht kein so großes Bad. Wir haben weiterhin gesagt, die Stadtwerke werden zu stark belastet und dadurch eingeschränkt in ihrer originären Aufgabe, nämlich die Energiewende voranzutreiben.

Der aktuell prognostizierte jährliche Abmangel (Zinsen und Abschreibungen) beläuft sich auf ca. 3,0 Mio € pro Jahr.

In der ganzen Diskussion der letzten Jahre habe ich immer wieder betont und tue es hier wieder: Es ist gut, dass es die Stadtwerke gibt. Die Stadtwerke müssen eine finanziell solide Basis haben. Die Stadt muss die Belastungen des Bäderbereichs einkalkulieren.

Fazit der näheren Betrachtung: Der Haushalt 24 ist ein Haushalt der Illusionslosigkeit. Strukturelle Einsparungen und damit Priorisierungen sind vonnöten. Wenn eine Verbesserung der Ertragskraft nicht erreicht wird, dann sind notwendige Investitionen – Stand heute - nicht darstellbar.

Wir sehen folgende notwendigen Investitionen als besonders dringlich ab:

1. Das, was wir haben, muss erhalten bleiben. Sanierungsinvestitionen haben Vorrang vor neuen Projekten. Es wäre wünschenswert, wenn es da einen Plan geben würde.

Das Stadtbauamt hat einen Plan für städtischen Gebäude, die mit einer PVA ausgerüstet werden könnten. Gut so. Es sollen 10 Gebäude ausgestattet werden.

Es gibt auch eine Auflistung der städtischen Gebäude hinsichtlich Heizungsart. Die Umstellung der Heizungen „weg von fossilen Energieträgern - hin zu regenerativen“ ist eine Mammutaufgabe, insbesondere dann, wenn Erdgas als fossiler Energieträger wahrgenommen wird.

In diesem Zusammenhang ein Einschub: Es gibt für den Energieträger Gas noch keinen anerkannten Ersatzenergieträger. Es wird viel Hoffnung auf Wasserstoff gesetzt. Meine Meinung: Mit Hoffnung alleine gibt es keine Energie – und Wärmewende.

Energieträger der Zukunft ist Strom. Mit Strom kann man sehr vieles machen: Heizen, warmes Wasser, Fahren. Für die Speicherung von regenerativ erzeugten Strom gibt es noch keine Speichermedien. Man redet seit 20 Jahren von der Notwendigkeit und passiert ist nicht viel. Unabhängig davon: Die Dächer von Winnenden sind ein ungeheuerliches Potential für Solarthermie und PVA. Die Anlagen rechnen sich. Ein jeder, der noch nicht, könnte tun

2. Wir wollen nicht, aber wir müssen Krisenvorsorge betreiben. Der Raum München versank dieser Tage im Schneechaos. So etwas kann auch in unserer Gegend passieren. Wenn was passiert, dann werden fast alle sagen: Warum habt ihr nicht?

Krisenvorsorge betrifft nicht nur Vorsorge gegen Black-out, sondern auch Vorsorge gegen Unwetter, Überschwemmungen und Hitzewellen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Die Stadt wird nie und nimmer für einen jeden von uns vorsorgen können. Es geht, so unsere Meinung, um die Aufrechterhaltung einer gewissen Grundversorgung. Auch hier wäre ein Plan der schrittweisen Annäherung wünschenswert.

Im HH 24 sind dafür keine Mittel mehr eingestellt. In der Haushaltsplanberatung wurde auf unsere Frage bezüglich geplanter PVA GS Breuningsweiler erläutert, dass es verwaltungsintern eine Aufstellung gibt, welche städtischen Gebäude als sogenannte

Stützpunkte angedacht sind. Es wurde zugesagt, dass diese Auflistung dem GR zur Diskussion vorgelegt werden wird.

3. Wir brauchen Wohnraum. Die aufgerufenen Mieten sind für viele fast nicht mehr leistbar. Wohnen ist - und zwar für alle Menschen - Jung und Alt, Alteingesessene und Zugezogene, Deutsche und Flüchtlinge - ein elementares Grundbedürfnis

Landauf, Landab wird der Neubau von Wohnungen gefordert. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Es wird – aus bekannten Gründen - fast nichts mehr gebaut.

Die SPD- Fraktion steht für

-den Bau von weiteren Wohnungen über den Eigenbetrieb Stadtbau. Das rechnet sich u.E. Es sind rentierliche Schulden. Es entsteht Vermögen.

-Engagierteres, phantasievolles Anmieten von Privat. Wir verweisen auf das Karlsruher Modell.

Solange es in Winnenden so viele leerstehenden Wohnungen und Gebäude gibt, kommt unser Appell: Wenn Sie etwas zu vermieten haben, nehmen Sie bitte mit der Stadt Kontakt auf. Die Stadt übernimmt die Miete und kümmert sich um ordentliche MieterInnen.

Angebot: Wenn Sie mit der Stadt nicht zu Rande kommen, aus welchen Gründen auch immer, dann übernehme ich die Vermittlerrolle.

Wir haben in Winnenden Stand Herbst 2023 765 Flüchtlinge, davon kommen 560 aus der Ukraine. Die Unterbringung und Versorgung erfordert vieles an Geld und Personaleinsatz.

Der Krieg in der Ukraine wird irgendwann einmal zu Ende sein. Wenn Russland den Krieg gewinnen sollte, dann werden die Ukrainerinnen in Deutschland bleiben. Wenn die Ukraine den Krieg gewinnen sollte, dann wird der größte Teil zurückkehren, um das Land wieder aufzubauen.

Einschub: Die Flüchtlingspolitik ist eins der aufwühlenden Themen. Die Großzahl der Menschen wollen helfen. Sie haben kein Verständnis, dass Flüchtlinge Unterstützung bekommen ohne zu arbeiten, ja dass die Leistung sogar höher ist, als wenn sie arbeiten würden. Wenn die demokratischen Parteien sich in dieser Frage nicht zusammenzurufen, dann bekommt die AfD weiter Zulauf. Wohin dass dann führen kann ist uns aus der jüngsten deutschen Geschichte bekannt.

In Winnenden werden weitere Unterkünfte für Flüchtlinge benötigt. Der Sportplatz in Höfen ist für eine Teilbebauung vorgesehen. Die SPD-Fraktion hat von Anfang an gefordert, alternative Standorte zu prüfen. Das wurde seitens der Verwaltung anfangs abgelehnt. Mittlerweile ist Stand der Dinge, dass die SPD-Fraktion die eingegangenen Alternativvorschläge - Danke auch hierfür - eingereicht hat und der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu befinden hat, welche Vorschläge zur vertiefenden Untersuchung in Frage kommen könnten. Wir wünschen uns baldige Behandlung.

Diese Vorgehensweise ist nicht unumstritten. Es gibt Stimmen, die sagen, ganz Winnenden würde dadurch in Aufruhr versetzt. Ja, das könnte so kommen. Ich habe kein Problem damit. Das muss man aushalten. Demokratie ist die Austragung und das Aushalten von unterschiedlichen Meinungen.

4. Winnenden braucht eine moderne, barrierefreie VHS. Ich sehe den Kronenplatz immer noch als besten Standort. Wir warten gespannt auf die Umplanung der Kreisbau.

Die Stadt hat sich in den letzten 10 Jahren in sehr viele Gebäude eingemietet. Ich habe mir das nicht angetan, die Mietausgaben zusammenzuzählen. Die Entscheidung damals gegen den eigenen städtebaulichen Entwurf und für die Durchführung eines Investorenwettbewerbs war eine strategische Fehlentscheidung. Ob sie korrigierbar werden wird? Die Zeit wird's zeigen.

5. Wir brauchen ausreichende frühkindliche Bildung und gute Schulen.

Unsere gesellschaftliche Realität ist geprägt von Missverständnissen, Hektik, Hetze bis hin zu Gewalt. In erster Linie sind die Eltern gefordert. Die Eltern sind verantwortlich für die Erziehung der Kinder. Diesen Satz habe ich bei der Diskussion um die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit gesagt.

Neben den Eltern ist die Gesellschaft gefordert. Es gibt den Spruch: Es bedarf ein ganzes Dorf zur Erziehung eines Kindes.

Der Bund hat daher einen Rechtsanspruch für einen Ganztagsgrundschulplatz ab 2026 formuliert. In Winnenden haben wir bereits die Kastenschule. Es werden die GS Höfen, Hungerberg und

Schelmenholz geplant. Mensen sowie weitere Schul- und Aufenthaltsräume erfordern Beträge in Millionenhöhe.

Unserer Meinung nach fehlt Winnenden dazu das Geld. Das Geld kann aus eigener Kraft nicht kommen. Bei vielen Kommunen ist die Situation ähnlich. Das ist der Hintergrund, dass wir Druck gegenüber der Verwaltungsspitze aufbauen, von Bund und Land eine kostendeckende Finanzierung der Ganztagsgrundschule einzufordern. Wenn das keinen Erfolg zeitigen sollte, dann muss man über den Klageweg nachdenken. Das Bundesverfassungsgericht zeigt – zum guten Glück - der Politik gewisse Grenzen auf.

Die Aufstellung der dringlichen Investitionen, die nicht einmal vollständig ist - denken wir u.a. an Neue Mobilität in Winnenden, Winnenden macht Inklusion - zeigt, der Finanzbedarf ist ... gewaltig.

Es ist nicht alles machbar. Prioritäten sind zu setzen. Dabei ist zu sehen, dass verschiedene Fraktionen unterschiedliche Prioritäten haben. Wenn Sie sich in unserer Prioritätenfestlegungen wiederfinden, dann freuen wir uns, wenn Sie uns bei der anstehenden Kommunalwahl 2024 unterstützen.

In und für Winnenden arbeiten viele Menschen, entgeltlich und ehrenamtlich. Ohne das Zusammenwirken von Ehrenamt und Hauptberuflichen würde vieles in Winnenden nicht laufen. Wir, die SPD- Fraktion, bedanken uns dafür bei Ihnen. Sich zu engagieren - wir erleben das auch selbst - ist nicht immer einfach, weil man es nicht allen recht machen kann. Wir wünschen Ihnen bei Ihrem Engagement trotzdem weiterhin viel Freude.

Nachbemerkung: Wir bedanken uns für Interesse. Ich freue mich über Ihre Anregungen und / oder Ihren Kommentar.

Meine Kontaktdaten sind: Andreas Herfurth, herfurth.winnenden@t-online.de bzw. Mobil.: 0171 640 0854

